FreiBrief aus Berlin

September 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Vorschlägen zur Wahlrechtsreform der Union hat sich nun auch die SPD bewegt. Im Koalitionsausschuss hat man sich auf erste Schritt zur Verkleinerung des Parlaments einigen können. Weitere sollen zur Bundestagswahl 2025 folgen. Festgelegt ist bereits die Reduzierung der Wahlkreise von 299 auf 280 nach der Wahl 2021, für die ich mich am 24. September in die Tonhalle in Villingen-Schwenningen als Kandidat der CDU für den Wahlkreis Schwarzwald-Baar bewerben werde. Eine Reformkommission soll noch in dieser Legislaturperiode eingesetzt werden, um weitere Fragen zu klären. Zudem wurden wichtige Entscheidungen zur Stützung der Wirtschaft in der Corona-Krise getroffen, darunter die Verlängerung der Kurzarbeitsregelungg und der Überbrückungshilfen für Unternehmen mit massiven Umsatzeinbrüchen sowie eine neue Arbeitsgruppe für ein in meinen Augen längst fälliges Bürokratieentlastungsgesetz für Unternehmen.

Die zahlreichen Wahlkreis-Termine in der parlamentarischen Sommerpause standen unter den Eindruck der Corona-Krise. Die Unterstützung der Bundesregierung wird dankend angenommen. Und vielfach stehen die Zeichen deutlich auf eine rasche Erholung, was mich besonders freut.

Herzlichst

Koalition setzt Segel für weitere Erholung der Wirtschaft

Die unionsgeführte Koalition in Berlin hat bei ihrem Gipfel Ende September mit den gefassten Beschlüssen einmal mehr unterstrichen, dass sie an der Seite der Bürger steht, wenn es darum geht, coronabedingte Verwerfungen auszugleichen. Schließlich ist die Krise noch nicht vorbei und viele Unternehmen kämpfen weiter ums Überleben. Folgerichtig wurden nun die Möglichkeit zum Bezug von Kurzarbeitergeld auf maximal 24 Monate bis Ende 2021 und die Überbrückungshilfen für Unternehmen mit massiven Umsatzeinbrüchen bis Ende dieses Jahres verlängert. Das gilt auch für den vereinfachten Zugang zur Grundsicherung für Kleinunternehmer, Soloselbständige und Künstler, der bis zum 31. Dezember 2020 offen bleibt. Damit erhalten wir die wirtschaftliche Substanz und schützen Arbeitsplätze. Die damit verbundenen Milliardensummen sind gut angelegtes Geld. Ich bin überzeugt, dass wir mit unserem Maßnahmenmix richtig liegen und dafür sorgen, dass wir besser aus der Krise kommen, als befürchtet und insbesondere viel besser als viele andere Staaten. Darauf deuten nicht zuletzt der zunehmende positive Trend im Geschäftsklimaindex sowie die leichte Korrektur nach oben bei den Quartalszahlen.

Auch das Versammlungsrecht gilt nicht unbeschränkt

Im August haben wir zwei größere Demonstrationen in unserer Hauptstadt erlebt, die für viele Diskussionen in Politik und Gesellschaft sorgten. Das Demonstrationsrecht ist ein extrem hohes Gut in unserer freiheitlichen Gesellschaft, weshalb ich es grundsätzlich befürworte, dass auch während einer Pandemie Versammlungen möglich sein müssen. Bei aller Bedeutung des Demonstrationsrechts muss aber auch klar sein: Wer ohne Mund-Nase-Schutz dicht an dicht steht, gefährdet völlig unverantwortlich andere – ihr Leben, ihre wirtschaftliche Existenz. Hygieneauflagen für Demonstrationen sind daher nicht nur zumutbar, sondern geboten. Nur so können die Demonstranten ihre Rechte ohne Gefährdung Dritter ausüben. Organisatoren müssen verpflichtet werden, schlüssige und detaillierte Hygienekonzepte vorzulegen. Deren Einhaltung muss konsequent überprüft und Verstöße auch mit empfindlichen Geldbußen sanktioniert werden. Auch Pöbler und Randalierer müssen konsequenter bestraft werden. Es muss ein klares Zeichen gesetzt werden, dass sich der Rechtsstaat nicht auf der Nase herumtanzen lässt. Ganz besonders verstörend aber war, wie am vergangenen Wochenende aus der angemeldeten Demonstration heraus eine aggressive Gruppe von Personen versucht hat, den Reichstag zu stürmen. Dieser Vorgang ist eine Schande für unser Land. Das Reichstagsgebäude steht seit seinem Wiederaufbau nach der Nazi-Zeit wie kein anderes Symbol für die gewaltfreie politische Auseinandersetzung und das friedliche Ringen um demokratische Mehrheiten. Das Reichstagsgebäude muss unantastbar sein. Wir haben am Wochenende den vorläufigen Höhepunkt einer Entwicklung erlebt, die uns seit Monaten große Sorge bereitet: Rechtsextremisten und so genannte ‚Reichsbürger' instrumentalisieren die Corona-Demonstrationen für ihre Zwecke. Es ist brandgefährlich, dass Extremisten legitime Demonstrationen kapern, um zum Angriff auf unseren Rechtsstaat zu blasen. Jetzt müssen wir schnell Konsequenzen ziehen. Es darf nie wieder passieren, dass eine grölende Menschenmenge mit Reichsflaggen die Ablehnung unserer freiheitlichen Grundordnung in der Herzkammer unserer Demokratie zur Schau zu stellen kann. Es ist offensichtlich, dass das bisherige Sicherheitskonzept für den Schutz des Parlaments nicht ausreichend ist. Dazu gehört auch, dass wir die bisherigen räumlichen und zeitlichen Regelungen zur Bannmeile um den Deutschen Bundestag verschärfen und prüfen, ob nicht auch die Bundestagspolizei für

solche Fälle besser gewappnet werden muss. Und natürlich muss der Verfassungsschutz die Szene noch besser als bisher im Blick haben.

Glasfaserausbau schreitet mit weiteren Förderbescheiden voran

Förderung und kein Ende in Sicht. Anders kann man die unverändert im Wochentakt aus Berlin eintreffenden hervorragenden Fördernachrichten nicht umschreiben. Im August sind weitere knapp 6,3 Mio. EUR in meinen Wahlkreis geflossen. Während es 2,1 Mio. EUR für den Ausbau unterversorgter Gebiete in Oberwolfach gab, gingen für den Glasfaserausbau in Dauchingen und Niedereschach Förderbescheide über zusammen 1,2 Mio. EUR in die Post. Vöhrenbach erhielt einen Nachschlag über weitere 419.642 EUR. Fast 800.000 EUR gingen diesen Monat nach Donaueschingen sowie 1,5 Mio. EUR in die Doppelstadt. Und nicht zuletzt St. Georgen hat für die Realisierung weiterer Anschlüsse zusätzliche 300.000 EUR erhalten.
Egal wie groß ein Ausbauprojekt auch sein mag, mit jeder Glasfaser wird eine Lücke geschlossen und werden mehr Menschen an das schnelle Internet angebunden. Aktuell verlegen wir mit rasantem Tempo das digitale Datennetz Deutschlands. Damit wir diese technische Infrastruktur dann auch tatsächlich nutzen können, braucht es aber mehr. Für mich steht ganz weit oben auf der Prioritätenliste die durchgängige Digitalisierung unserer Verwaltung auf allen föderalen Ebenen. Deshalb arbeiten wir derzeit beispielsweise mit Hochdruck daran, dass Onlinezugangsgesetz in die Praxis umzusetzen. Damit sollen bis Ende 2022 mehr als 600 Verwaltungsdienstleistungen online und ohne Zeitaufwand und Urlaubseinsatz für die Bürger abrufbar sein. Das wäre ein echter Quantensprung für die Menschen, die nicht zufällig direkt neben dem Rathaus wohnen.

Kindesmissbrauch und Kinderpornografie entschlossen bekämpfen

Es ist höchste Zeit, dass die SPD-Bundesjustizministerin unserem Drängen nachgekommen ist und endlich den von uns mit Nachdruck geforderten Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder vorgelegt hat. Die vorgesehenen erheblichen Strafverschärfungen begrüße ich ausdrücklich. Angesichts der fürchterlichen Taten, die in den vergangenen Jahren ans Licht gekommen sind, ist das eine sehr gute Nachricht für den Kinderschutz in Deutschland. Allerdings geht der Entwurf an verschiedensten Stellen nicht weit genug: So brauchen wir eine rechtssichere Lösung für die Verkehrsdatenspeicherung. Denn derzeit können tausende Hinweise pro Jahr aus den USA nicht weiterverfolgt werden, weil bei uns die Verbindungsdaten schon gelöscht worden sind. Außerdem müssen die Internet-Provider verpflichtet werden, bei Verdacht auf Sexualstraftaten an Kindern auch die Bestandsdaten der Kunden - E-Mail-Adresse, Kreditkartennummer usw. - an die Ermittler weiterzugeben. In den USA ist das schon seit Jahren Pflicht. Auch müssen Hausdurchsuchungen leichter zur Nachtzeit angeordnet werden können, um Täter auf frischer Tat zu ertappen. Die Untersuchungshaft bei Verdacht auf Kinderpornografie muss leichter möglich sein. Schließlich muss leichter möglich sein, Pädokriminelle zum Tragen einer elektronischen Fußfessel zu verpflichten. Jeden Tag werden in Deutschland Kinder sexuell missbraucht, gequält und widerlichste Videos angefertigt. Wir müssen mit allen Mitteln dafür sorgen, dass Kinderschänder besser aufgespürt und schärfer bestraft werden.

THW seit 70 Jahren ein zuverlässiger Partner der Bevölkerung im Katastrophenfall

Herzlichen Glückwunsch zum 70-jährigen Bestehen an das Technische Hilfswerk und damit verbunden einen ganz herzlichen Dank an die etwa 80.000 ehrenamtlich organisierten Helferinnen und Helfer in den knapp 700 bundesweit verteilten Ortsvereinen. Mit ihrem unermüdlichen und uneigennützigen Engagement neben Familie und Beruf ist auf unsere ‚THWler' seit sieben Jahrzehnten als unverzichtbarer Partner im Bevölkerungsschutz Verlass. Das THW ist binnen Stunden vor Ort, wenn es darum geht, verschüttete Menschen zu finden, Erdraum zu bewegen, bei der Brandbekämpfung zu helfen, Schutt-, Schnee- oder Wassermassen zu beseitigen, Trinkwasser aufzubereiten oder eine Stromversorgung zu organisieren. Sei es nach Unglücksfällen oder Naturkatastrophen, sei es im Inland oder im Ausland, das THW verfügt über eine einzigartige Expertise, die weltweit gefragt ist. Das unterstreichen nicht zuletzt die Einsätze der Organisation in mehr als 130 Ländern seit der Gründung. Zuletzt waren 42 Angehörige des THW zur Unterstützung bei der verheerenden Explosion in Beirut, um Überlebende ausfindig zu machen. Ganz Deutschland kann stolz auf das THW und das Engagement seiner Mitglieder sein. Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion stehen wir uneingeschränkt an der Seite des THW. Wir setzen uns unentwegt dafür ein, notwendige Investitionen bei der Technik sowie den Liegenschaften des THW zu stemmen und die zu 99% ehrenamtlich getragenen Strukturen mit guten politischen Rahmenbedingungen zu flankieren. Ganz wichtig war in diesem Zusammenhang das bereits im Frühjahr von uns beschlossene zweite THW-Änderungsgesetz. Mit dieser Novelle haben wir die Kommunen finanziell entlastet und gleichzeitig die Freistellung der ehrenamtlichen Helfer erleichtert.

Werte der Vertriebenen-Charta bis heute aktuell

Am 5. August vor 70 Jahren und damit nur fünf Jahre nach dem Sieg über das nationalsozialistische Deutschland und nach dem durch Willkür und Gewalt herbeigeführten Verlust ihrer Heimat besiegelten die Vertriebenenverbände und ostdeutschen Landsmannschaften in Stuttgart die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen". Die meisten Vertriebenen hatten unsägliches Leid erfahren und mussten feststellen, dass viele Westdeutsche über Jahre hinweg die von Ihnen erbrachten Opfer nicht wirklich anerkannten. Heute erinnern wir daran, dass die Charta zu einem der Gründungsdokumente der Bundesrepublik und einem der Ausgangspunkte für das friedliche Europa geworden ist: Dieses Dokument beinhaltet nicht nur die Rechte und Pflichten der Flüchtlinge und Vertriebenen, sondern auch den Verzicht auf Rache und Vergeltung sowie den Einsatz für ein geeintes Europa und den Wiederaufbau Deutschlands. Das Wirtschaftswunder der jungen Bundesrepublik hätte ohne die bedingungslose Integrationsbereitschaft und den Fleiß der Vertriebenen nie jene Höhenflüge überreicht, für die es noch immer bewundert wird. Dafür gebührt ihnen bis heute unsere Anerkennung und unser Dank. Auch wenn für viele Menschen in Deutschland das Schicksal von ehemaligen Weltkriegsvertriebenen in ferner Vergangenheit liegt, dürfen wir nicht vergessen, dass es mit Blick auf die große Bevölkerungsgruppe der etwa 2,4 Millionen Spätaussiedler einen riesigen Handlungsbedarf gibt. Durch Kürzungen im Fremdrentengesetz in den 1990er Jahren sind viele von Ihnen heute massiv von Altersarmut bedroht. Umso unverständlicher ist, dass das zuständige Bundesarbeitsministerium eine Änderung des Gesetzes bisher abgelehnt hat. Die Novellierung des Fremdrentengesetzes ist jedoch eine mindestens genauso wichtige soziale Notwendigkeit wie die Anpassung der Hartz-IV-Regelsätze. Deshalb fordern wir eine

Novellierung des Fremdrentengesetzes mit einer Anhebung der durch das Fremdrentengesetz gedeckelten Renten für Spätaussiedler um fünf Entgeltpunkte, eine Vereinfachung des Verfahrens bei der Anrechnung ausländischer Renten und nicht zuletzt eine einmalig nachzuholende Gemeinsame Erklärung von Kindererziehungszeiten von den Eltern.

Diskussion mit Unternehmern

Helmut und Sonja Nitz vom gleichnamigen Steuerberatungsbüro in Villingen-Schwenningen haben mich zu einer Diskussionsrunde mit Mandanten eingeladen. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand der Wunsch der Mittelständler nach mehr Eigenverantwortung für ihr Unternehmen und weniger Bürokratie. Diesem stimmte ich ebenso zu wie dem Wunsch nach einer Senkung der Steuerlast. Diese führt zu mehr Wettbewerbsfähigkeit oder auch Liquidität in Krisen wie der aktuellen. Weitere Themen waren die Rente in der Zukunft sowie die Europäische Union. Hier warb ich für mehr Subsidiarität in Europa. Europa muss sich um die großen Themen, also Außen- und Migrationspolitik kümmern, und darf sich nicht im Klein-Klein verlieren. Um das Rentensystem weiterzuentwickeln, warb ich für die Stärkung der privaten Altersvorsorge.

Unabhängiger Journalismus existenziell für freiheitliche Gesellschaft

Mitten im digitalen Wandlungsprozess stecken die Zeitungsverlage. Mit digitalen Angeboten sind sie zwar am Markt längst präsent. Aber auch die potenzielle Leserschaft muss diesen Weg mitgehen und für Inhalte bezahlen, damit Zeitung auch im Digitalen funktioniert. Über Möglichkeiten und Risiken für die ausgeprägte Presselandschaft in Deutschland sprach ich mit Peter Selzer, seit Oktober 2019 mit Michel Bieler-Loop Geschäftsführer der Konstanzer Südkurier GmbH. Er zeigte sich zuversichtlich, dass sein Unternehmen, das sich in den vergangenen Jahren nicht nur aufs Zeitungsgeschäft fokussiert hat, sondern unter anderem mit einem Zustellservice oder Internetdienstleistungen breiter aufgestellt hat, diesen Prozess meistern werde. Wir waren uns einig, dass zu einer freiheitlichen Demokratie unabhängiger Journalismus gehört, der der Gesellschaft auch etwas wert sein muss. Gezielte Falschmeldungen und als Fake News bezeichnete Tatsachen im Netz zeigen uns allen auf, dass es hierzu keine Alternative gibt.

Im Austausch mit der IHK

Mit Thomas Albiez, dem Hauptgeschäftsführer der IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg habe ich mich über die aktuelle Situation der Unternehmen in meinem Wahlkreis, deren Perspektiven und den Ausbildungsmarkt unterhalten. Überrascht hat mich, dass bislang deutlich weniger staatliche Hilfen als erwartet von den Unternehmen abgerufen wurden. Allerdings wird in vielen Betrieben Kurzarbeit geleistet. Thomas Albiez dankte der Regierung für das im internationalen Vergleich sehr gute Krisen-Management und die finanzielle Unterstützung für die Unternehmen. Mein Dank ging an die Mitarbeiter der IHK und auch an die Handwerkskammer, die bei der Vermittlung der Soforthilfen großartige Arbeit geleistet haben. Die nächsten Monate beurteilt der IHK-Geschäftsführer mit Vorsicht. Er glaubt wegen des internationalen Einbruchs der Wirtschaft nur an eine langsame Erholung.

Er zeigt sich zuversichtlich für die heimische Industrie, beim örtlichen Handel, in der Gastronomie, der Veranstaltungs- und Reisebranche rechnet er allerdings mit einigen Betriebsaufgaben und Insolvenzen.

Neue Beratungsinitiative für Region

Über ihre neue Beratungs- und Beteiligungsgesellschaften Regio+ und RMB process engineering informierten Moritz Böcher, Joachim Effinger und Horst Hall. Ich begrüßte die Initiative, denn nicht selten stehen Unternehmen nach erfolgreichen Jahren vor ungeahnten Problemen, die eine schnelle Lösung erwarten. Der Blick von außen kann da durchaus hilfreich sein, um Prozesse in der Fertigung, Logistik oder Auftragsabwicklung zu verbessern. Strukturwandel und auch Nachfolgeregelungen fordern schließlich unsere Unternehmen permanent. Hier sehe ich durchaus großes Beratungspotenzial.

Fürstenberg-Brauerei will Erfolgsweg fortsetzen

Die wirtschaftlichen Belastungen für die Gastronomie durch Corona sind nach mehrwöchigen Schließungen und anhaltenden Einschränkungen im Betrieb sehr hoch. Dies wirkt sich auch auf die Bilanzen der Getränkeindustrie aus. Mit Georg Schwende, dem Geschäftsführer der Donaueschinger Fürstenberg-Brauerei, habe ich über die aktuelle Situation gesprochen. Das Unternehmen sei in einer sehr guten Phase mit wachsender Pils-Nachfrage schwer getroffen worden. Dennoch zeigte sich der Brauerei-Chef sehr optimistisch, dass mit der Überwindung der Pandemie der erfolgreiche Weg weiter beschritten werde. Lobend äußerte sich Georg Schwende zu den Maßnahmen der Bundesregierung zu Beginn der Corona-Krise. Das Unternehmen selbst nutzte drei Monate die Regelungen zur Kurzarbeit. Die Absenkung der Mehrwertsteuer helfe der Gastronomie und Hotellerie, auch wenn die Umstellung der Systeme recht aufwändig gewesen sei.

Gespräch mit den neuen BLHV-Vorsitzenden des Kreisverbands Donaueschingen

Mit den Ende 2019 gewählten neuen BLHV-Vorsitzenden-Trio im Kreisverband Donaueschingen Uwe Münzer, Johannes Schwörer und Hans Riesle sowie Bezirksgeschäftsführer Oliver Maier habe ich über Probleme und Forderungen der Landwirtschaft gesprochen. Im zweistündigen Gespräch dominierten die Themen Düngeverordnung, Afrikanische Schweinepest sowie über den Erhalt von wohnortnahen Schul- und Ausbildungsstrukturen in der Region. Wohl schon im Herbst wollen wir den Dialog fortsetzen, dann soll es um Biogasanlagen und deren zukünftige Förderung gehen.

Hilfe für die Reha-Einrichtungen

Zusammen mit Karl Rombach MdL und Stefan Teufel MdL, dem sozial- und gesundheitspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, besuchte ich die Rehabilitationsklinik Limberger in Bad Dürrheim. Hier ging es im Gespräch mit Geschäftsführer Joachim Limberger und Dr. Clemens Bold, Geschäftsführer des Verbandes der privaten Klinikträger in Baden-Württemberg e.V., um die Situation der Vorsorge- und Rehakliniken in der gegenwärtigen Corona-Pandemie. Klinik-Geschäftsführer Joachim Limberger zeigte sich dankbar für die staatlichen Hilfen, forderte aber eine generell bessere Finanzausstattung, da die Krise noch nicht überstanden sei. Clemens Bold betonte die Stabilitätsfunktion der Reha-Einrichtungen für das gesamte Gesundheitssystem und wies auf die Arbeitskrafterhaltung und Pflegevermeidung hin. Dieser Ansicht stimmten wir zu. Entsprechend sprachen wir uns für einen zusätzlichen Schutzschirm des Landes für die Vorsorge- und Rehakliniken aus.

Viel Bewegung im Straßenbau

Die gute Konjunktur der vergangenen Jahre macht sich aktuell für jeden Verkehrsteilnehmer durch viele Baustellen deutlich. Über die aktuellen Straßenbauprojekte und -pläne informierte ich mich bei meinem Besuch in Freiburg mit Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer. Gesprochen wurde unter anderem über den Bau- oder Planungsstand für den B 523-Lückenschlüss bei Villingen-Schwenningen, den Ausbau des Knotens bei Bad Dürrheim, die Umfahrung Randen, den Baufortschritt für den Ausbau der B27 bei Donaueschingen, die zweite Gauchachbrücke, sowie um die aufwändige Sanierung des Sommerbergtunnels bei Hausach und den Planungsstand der Umfahrung Haslach. Einig waren wir uns, dass noch mehr Baustellen und Baufortschritte derzeit weniger am Geld scheitern als an den Planungs- und Baukapazitäten.

Grundrente wichtig für sozialen Frieden

Mit den beiden Vorständen des VdK Sozialverbands Villingen, Helmut Fuchs und Manfred Brendel, habe ich über die Einflüsse von Corona auf die Beratungsleistungen des Sozialverbandes gesprochen. In den vergangenen Jahren hat der VdK bundesweit einen enormen Zulauf erfahren, wohl auch, weil er seine Mitglieder in manch schwierigen sozialrechtlichen Fragen vertritt. Gerade diese Beratung sei derzeit sehr eingeschränkt möglich. Beide befürchten durch Corona-Belastungen zudem höhere Krankenkassen-Zusatzbeiträge. Begrüßt wurde die Grundrente ab 2021. Diese sei für den sozialen Frieden im Land enorm wichtig. Entsprechend sei der Union wichtig gewesen, so meine Betonung, dass hier nur die wirklich Bedürftigen partizipieren und für die Berechnung entsprechend das Haushaltseinkommen herangezogen wird.

Digitalisierung der Schulen schreitet voran

Bildungspolitik steht immer in der Diskussion. Viel Kritik gab es zuletzt nach den Corona-bedingten Schulschließungen und dem schwierigen Neustart, zumal die digitale Beschulung nur unzureichend klappte, viele Lehrer nicht zur Verfügung standen oder stets nur einzelne Jahrgänge und Klassenteile beschult werden konnten. Über die aktuelle Belastungsprobe, die Pläne für den Herbst, die Digitalisierung der Schulen, die technische Ausstattung der Schüler sowie den weiterhin bestehenden Lehrermangel im Schulamtsbezirk Schwarzwald-Baar/Rottweil habe ich mich deshalb Schulamtsdirektorin Sabine Rösner unterhalten. Bildungspolitik ist zwar Ländersache, aber es gibt dennoch genügend Anknüpfungspunkte und Themen, die mir wichtig sind und für meine Arbeit eine Rolle spielen, etwa der flächendeckende Breitbandausbau, der digitales Lernen an den Schulen und Zuhause erst möglich macht. Zudem fließen über den Digitalpakt mit den Ländern über fünf Milliarden Euro direkt in die Digitalisierung der Schulen. Und damit jedes Kind auch digitale Bildungschancen in diesen Zeiten erhält, wurden von Bund und Land Zuschüsse zum Kauf von Tablets oder Notebooks bereitgestellt. Positiv an der Krise wertet die Schulamtsdirektorin, dass durch diese der fällige digitale Wandel einen deutlichen Schub erfahre.

Positive Konjunktursignale vom IG-Metall-Bevollmächtigten

Unser starker Mittelstand liegt mir sehr am Herzen. Entsprechend begrüße ich in der aktuellen Krise das Instrument der nun nochmals verlängerten Kurzarbeit, das tausenden Angestellten den Arbeitsplatz sichert und den Unternehmen hilft, die Belegschaft zu halten und ein schnelles Durchstarten jederzeit ermöglicht, wie uns positive Konjunktursignale zeigen. Dies hat mir Thomas Bleile, der Erste Bevollmächtigte der IG Metall in Villingen-Schwenningen bestätigt. Teilweise seien Betriebe wieder sehr gut ausgelastet. Durch Entlassungen wäre diese Entwicklung kaum möglich gewesen. Erfreut war ich über seine Aussage, dass fast alle Betriebe ihre Ausbildungsquoten halten und ihre benötigten Fachkräfte selbst ausbilden wollen. Entsprechend richtig halte ich die von der Regierung beschlossenen Ausbildungsboni. Einig waren wir uns, dass die Corona-Krise auch einen Strukturwandel bewirken und das Arbeiten im Home-Office forcieren wird. Den regelmäßigen, persönlichen Kontakt zu den Kollegen sehen wir aber ungebrochen als wichtiges Element für ein gutes Betriebsklima und die Arbeitsabläufe in Unternehmen an.

1000 Euro für wichtige Kinder- Jugendarbeit

Der Ago e.V. in Hubertshofen hat es sich zur Aufgabe gemacht, Kinder, Jugendliche und ihre Familien im Bereich Mediennutzung, -missbrauch und -sucht zu beraten und in einem Kreativcamp im Schwarzwald naturnahe Projekte als Ausgleich anzubieten. Zur Unterstützung dieses Projekts erhielt der Verein eine Förderung in Höhe von 1000 Euro von der Town & Country Stiftung. Letztere bietet mir jährlich die Möglichkeit, ein soziales Projekt vorzuschlagen. Unterstützt werde ich dabei auch von Stiftungsbotschafter Stefan Meyer von Town & Country in Bräunlingen. Unter anderem profitierten davon bereits die Off-Road-Kids in Bad Dürrheim oder die Projekte Fight-for-your-life-Projekt und Pro Kids in Villingen-Schwenningen. Aus meiner Sicht bietet der Verein um den Vorsitzenden Georg Tritschler seit nunmehr zehn Jahren besondere Erlebnisse in der Natur. Mit dem

nun erhaltenen Geld wurde ein ganzer Tag für Kinder mit Down-Syndrom gestaltet.

Weltrekord im Fußball-Freestyle

Gratulation an Patrick Bäurer. Der Fußball-Freestyler aus Blumberg-Hondingen hat im Rahmen seines Freestyle-Jugendcamps im Sportpark der DJK Donaueschingen einen neuen Weltrekord in der Disziplin Crossover aufgestellt. Mit Oberbürgermeister Erik Pauly war ich einer der zwei offiziellen Zeugen, die für den Eintrag ins Guinness-Buch der Rekorde notwendig sind. Das war eine klasse Vorstellung: 121 Ballkontakte in einer Minute, 20 mehr als bei der bisherigen Bestmarke.

Gespräch mit OB Roth zu Bundeswehrplänen

Mit Oberbürgermeister Jürgen Roth habe ich mich über die Entwicklungen zu den Planungen für den Lückenschluss der B523, die Haushaltssituation der Stadt und über die Pläne der Bundeswehr im Bereich Brigachtal und Tannheim unterhalten. Die Planungen für den Lückenschluss kommen gut voran. Zu klären ist noch, wie man die kreuzenden Straßen an die neue Trasse anschließt. Ampelanlagen sind auch im Gespräch, wären aber in meinen Augen die schlechteste Lösung. OB Roth sprach zudem die schwierige Haushaltslage durch Corona-bedingte Steuerausfälle an, dankte aber im gleichen Atemzug für die Unterstützung von Bund und Land. Kritik äußerte der OB an Plänen der Bundeswehr in Bezug auf das geplante Übungsgelände im Brigachtal und bei Tannheim. Ich habe großes Verständnis für die Notwendigkeiten der Bundeswehr, aber die Interessen der betroffenen Bürger, Gemeinden und der Nachsorgeklinik Tannheim müssen bei der Planung berücksichtigt werden.

Kurzbesuch im Rathaus Gutach

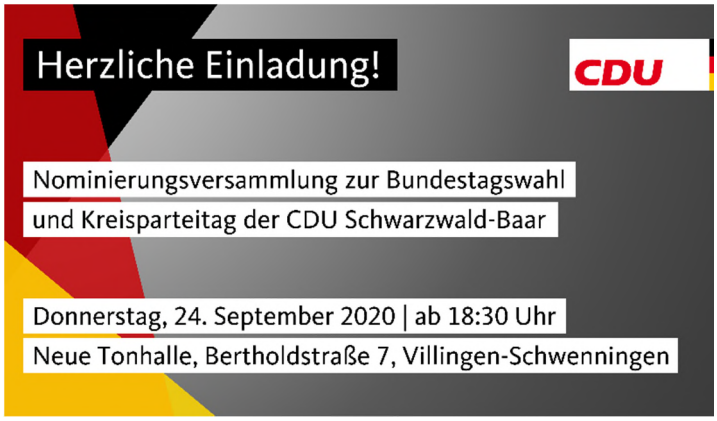
Bei einem Kurzbesuch im Rathaus Gutach habe ich mich mit Bürgermeister Siegfried Eckert über aktuelle Entwicklungen in der Gemeinde und im Kinzigtal unterhalten. Zufrieden sind wir, dass es mit der Umfahrung Haslach endlich vorwärts geht. Ebenso haben wir über die Auswirkungen der Corona-Krise auf den Haushalt der Gemeinde gesprochen. Der Bürgermeister zeigte sich optimistisch, dass man die Gemeinde mit einem blauen Auge davonkommen werde.

Wertvolle Leistung der Oberbergklinik

Die Oberberg Fachklinik in Hornberg ist eine private Akutklinik mit 60 Betten. Von hier aus ist in den vergangenen Jahren im ganzen Land ein Verbund aus mehreren Häusern, die Oberberg Kliniken GmbH,

entstanden, in der seelisch, psychosomatisch und psychiatrisch erkrankte Menschen Hilfe erhalten. Privatkliniken hoffen nach finanziellen Verlusten in der Lockdown-Phase weiterhin auf Unterstützung durch Bund und Land, da sie sich als Teil des Gesundheitssystems sehen. Diese Ansicht unterstütze ich, denn auch diese Kliniken arbeiten zum Wohl unserer Gesellschaft. Dies sollten Politik wie Krankenkassen anerkennen. Denn psychische Belastungen haben inzwischen andere Erkrankungen als Grund für Arbeitsausfälle an der Spitze abgelöst. Jeder Ausfall einer Arbeitskraft kommt unsere Gesellschaft teuer zu stehen. Hier wird entsprechend wertvolle Hilfe geleistet.

Herzliche Einladung zur Nominierungsversammlung und zum CDU-Kreisparteitag



Am 24. September 2020 führt der CDU-Bezirksverband Südbaden die Nominierungsversammlung zur Bundestagswahl 2021 für den Wahlkreis Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal durch. Ich bin gerne Ihr Abgeordneter im Deutschen Bundestag und habe daher bereits vor längerer Zeit meine erneute Kandidatur angekündigt. Ich bitte herzlich um Ihre Unterstützung.

Anschließend findet der Kreisparteitag der CDU Schwarzwald-Baar statt. Im Namen des Kreisvorstandes lade ich herzlich die Parteimitglieder und Interessierte ein. Lassen Sie uns auf das Superwahljahr einstimmen. Und, lassen Sie uns über die Zukunft unserer Heimat gemeinsam diskutieren. Ich freue mich auf Sie.

Herzliche Einladung zur nächsten Bürgersprechstunde und Online-Sprechstunde

Meine nächste Bürgersprechstunde findet am Mittwoch, 23. September 2020 ab 14.30 Uhr in meinem Wahlkreisbüro statt.

Anschließend führe ich um 18.00 Uhr eine weitere Online-Sprechstunde bei Facebook durch.

Ich freue mich auf Sie!

TF.

Bundestagsbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro
Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

thorsten.frei@bundestag.de
www.thorsten-frei.de
ThorstenFreiCDU
thorsten.frei
Thorsten Frei